



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 02.09.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dnr-sovet.su: Die Oberste Rada wird nicht alle Forderungen des Donbass erfüllen können, auch nicht in der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs über Änderungen in der Verfassung der Ukraine im Teil über die Dezentralisierung und deshalb können die örtlichen Wahlen, die für den 18. Oktober terminiert sind, nicht abgesagt oder verschoben werden, erklärte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin während seines Arbeitsbesuchs in Sankt-Petersburg. Die Oberste Rada der Ukraine hat am 31. August bei Skandalen im Sitzungssaal und am Parlamentsgebäude in erster Lesung einen Entwurf über Änderungen an der Verfassung des Landes im Teil Dezentralisierung angenommen. Die Vorschläge von Donezk und Lugansk wurden entgegen den Minsker Vereinbarungen nicht beachtet. Nach Auffassung Andrej Purgins ist es wenig wahrscheinlich, dass die Rada zustimmt, die Änderungen der Republik in der zweiten Lesung zu berücksichtigen.

„Es ist ein besonderes Gesetz über Wahlen in den Republiken notwendig und die Wahrscheinlichkeit, dass es angenommen wird, ist minimal“, sagte der Sprecher des Parlaments der DVR.

Der von der Rada erörterte Gesetzesentwurf ist nach den Worten Purgins für die DVR nicht annehmbar, selbst wenn einige Änderungen eingebracht werden. Der Sprecher des Parlaments ist überzeugt, dass Kiew in die endgültige Variante des Gesetzes eine Reihe von für den Donbass wichtigen Regelungen nicht einbringen wird, auf die die DVR „nicht verzichten kann“.

So hält man in der DVR die Teilnahme ukrainischer Parteien an den Wahlen nicht für möglich, genauso wenig wie von ukrainischen Massenmedien, „die faktisch zur Vernichtung der Bevölkerung des Donbass aufrufen“. Außerdem wird in der DVR gefordert, einen „Zensus bezüglich des Wohnorts“ einzufügen.

„Wir wollen nicht, dass ein Mensch, der vor anderthalb Jahren das Territorium der Republik verlassen hat, bei uns zum Bürgermeister gewählt wird, weil er sich während dieser anderthalb Jahre Krieg und ökonomischer Blockade auf einem anderen Territorium befunden hat“, erklärte Purgin.

Er fügte hinzu, dass in einer Kriegssituation jede mögliche politische Entscheidungen, auch wenn sie gefunden wird, nicht standardgemäß sein muss, „einmaligen Charakter“ trägt.

„Man darf nicht das, was geschehen ist, in die allgemeine Gesetzgebung hereinpresen. Wir haben den Präsidenten nicht gewählt, wir haben an den Wahlen zur Obersten Rada nicht teilgenommen, mit uns hat Kiew seine Gesetze nicht abgestimmt. Dort sind ukrainische Gesetz, die absolut nicht unseren Realitäten entsprechend. Wenn wir das Problem auf politischem Weg lösen, bedeutet das eine Einstellung der Aggression und das Erreichen eines diplomatischen Konsens. Aber was kann das für ein Konsens sein, wenn wir die Wahlen nach einem ukrainischen Gesetz durchführen werden, das die Situation destabilisiert?“, fasste Andrej Purgin zusammen.

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko kommentierte die letzten Äußerungen Petr Poroschenkos über die Notwendigkeit, dass die Republiken von der Idee der Durchführung von Wahlen am 18. Oktober im Donbass Abstand nehmen, auf einem Treffen mit dem OSZE-Vertreter Martin Sajdik.

„Die letzten Äußerungen Petr Poroschenkos auf einem Treffen mit dem OSZE-Vertreter Martin Sajdik beweisen ein weiteres Mal eindeutig, dass Kiew die Stimme des Donbass nicht gehört hat, nicht hört und wohl auch nicht vorhat zu hören. Faktisch ist jedes Wort des sogenannten Präsidenten der Ukraine eine dreiste und unverhüllte Lüge, bestimmt für Bürger der Ukraine, die aufgrund der Kiewer Propaganda ihr kritisches Denken völlig verloren haben.

Am heutigen Tag ist kein einziger der Punkte der Minsker Vereinbarungen von Kiew vollständig erfüllt worden – die Militärtechnik ist nicht nur nicht von der Abgrenzungslinie abgezogen, sondern ihre Zahl wurde vergrößert, das Gesetz über eine Amnestie, das es erlauben würde Gefangene nach dem Schema „alle gegen alle“ auszutauschen, hat die Oberste Rada bis heute nicht angenommen. Was die Verfassungsreformen im Bereich der Dezentralisierung betrifft, so kann man sie nicht anders als als Farce bezeichnen. Dieses Gesetz, das schon zum Tod von Menschen vor den Mauern der Obersten Rada geführt hat, entspricht nicht nur nicht den Minsker Vereinbarungen, sondern widerspricht ihnen kategorisch. Außerdem hat Kiew demonstrativ alle unsere Initiativen zur Suche einer Kompromisslösung für den Konflikt ignoriert und ignoriert sie weiter. Wir haben mehrfach den Vertretern der Ukraine unsere Variante für Verfassungsreformen übergeben und vorgeschlagen einen Dialog zu beginnen, damit ein Schema für die Durchführung von örtlichen Wahlen ausgearbeitet werden kann, das beide Seiten zufrieden stellt. Aber keinerlei Entgegenkommen, außer offen provokativen Aussagen, sind von Seiten Kiews erfolgt.

Ich wiederhole ein weiteres Mal – am 18. Oktober werden in der DVR Kommunalwahlen stattfinden. Sie werden in völliger Übereinstimmung mit den Minsker Vereinbarungen stattfinden und unter Berücksichtigung der entsprechenden Standards der OSZE. Vertretern dieser internationalen Organisationen wurde eine offizielle Einladung zur Teilnahme an der Wahlbeobachtung geschickt, als Garanten der Minsker Vereinbarungen. Wir hoffen, dass die OSZE-Vertreter und die EU all dies oben Gesagte der ukrainischen Regierung klar machen“, erklärte Alexandr Sachartschenko.